

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 31. Ratssitzung vom 14. Dezember 2018

### 704. 2018/350

**Weisung vom 19.09.2018:**

**Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2019**

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2019 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 975 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivative Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die 975 Millionen Franken begründet sind und bittet Sie deshalb um Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Kommissionsminderheit:

**Severin Pflüger (FDP):** Die Forderungen der FDP einerseits nach Steuersenkungen und andererseits um Abbau des Fremdkapitals werden von STR Daniel Leupi angeblich nicht verstanden. Nun bin ich der Meinung, dass beide Forderungen ihren Reiz haben. Sie haben zuvor gesagt, dass Sie keine Steuersenkungen wollen. Nun sprechen wir also über das Fremdkapital. Wir beantragen Ihnen, den Betrag auf 750 Millionen Franken zu reduzieren. Auch dieser Betrag führt nach wie vor zu einem Aufbau der Schulden, denn im nächsten Jahr werden weniger als 750 Millionen Franken zurückgezahlt. Die Verschuldung der Stadt Zürich wird pro Bürger in den nächsten vier Jahren steigen. Dies von 10 000 Franken auf 15 000 Franken pro Einwohner. Das wird man spüren, wenn die EZB den nächsten Zinsschritt macht und die SNB anschliessend mit einer Normalisierung beginnt. Das wird kommen. Bei diesem Antrag geht es darum, ein klein wenig weniger Fremdkapital aufzunehmen als es der Stadtrat fordert – und trotzdem noch genug. Die Zahlen entnehmen wir den Unterlagen zur Pressekonferenz des Stadtrats zum Budget. Dort zeigte der Stadtrat immer wieder auf, dass der FAP in Zukunft zwar sehr schlimm aussehe – das tut er wahrscheinlich, damit niemand auf die Idee kommt, eine Steuersenkung durchzuführen – aber gleichzeitig zeigte der Stadtrat immer wieder auf, dass es immer weniger Fremdkapital gebe, weniger Investitionsbedarf gebe und der Selbstfinanzierungsgrad immer besser werde. Wir sind der Meinung, dass die 750 Millionen Franken mehr als genug sind, um den kommenden Investitionsbedarf zu decken. Wir wollen ein Zeichen setzen: Wenn wir schon heute keine Entlastung durch einen tieferen Steuerfuss wollen, dann wollen wir doch wenigstens eine Entlastung für kommende Generationen und etwas weniger

2 / 3

*Fremdkapital aufnehmen, unter dem die nächsten zu leiden haben.*

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2019 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 975 750 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)  
Abwesend: Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)  
Abwesend: Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2019 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 975 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Dezember 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. Februar 2019)

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat